

# "Bildung für Alle" in der internationalen Zusammenarbeit - Programmatik und Realität

## Resolution der 61. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission, Berlin, 12. Juli 2001

Ende 2000 stellten UNESCO, Weltbank, UNICEF, UNDP und UNFPA auf dem Weltforum Bildung (Dakar 2000) die Notwendigkeit fest, in den kommenden zehn Jahren jährlich mindestens sieben Milliarden US-Dollar als internationalen Beitrag zur Entwicklung von Grundbildung zu mobilisieren. Hierzu leisten unter anderem die Entschuldungsprogramme für die ärmsten Länder der Welt einen wichtigen Beitrag.

In Deutschland aber sprechen entgegen dem erklärten politischen Willen von Bund und Ländern, "Bildung für Alle" als globale Aufgabe zu werten und lebensbegleitendes Lernen als wesentliches Instrument der zukunftsfähigen Wissensgesellschaft zu fördern, zahlreiche Indizien für einen drohenden Bedeutungsverlust deutscher Beiträge in der internationalen Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit:

Im Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Armutsbekämpfung vom April 2001 werden Bildungsmaßnahmen lediglich am Rande erwähnt.

Die vom BMZ zum Weltforum 2000 vorgelegten Zahlen zeigen einen starken Rückgang der Leistungen für bilaterale Bildungsprogramme von 306,8 Millionen Mark 1994 auf 103,8 Millionen 1998; die Konzentrations- und Kürzungsvorgaben sowie die Prioritätensetzung des Ministeriums führen zu einem signifikanten Bedeutungsverlust des Bildungsbereiches.

Auch in der auswärtigen Kulturpolitik gibt es zwar positive Tendenzen in der Erwachsenenbildung, dem steht jedoch gegenüber ein starker Rückgang der tatsächlichen Behandlung von Fragen der Fort- und Weiterbildung in den Protokollen der Gemischten Kulturkommissionssitzungen.

- Die Deutsche UNESCO-Kommission legt daher Bundestag und Bundesregierung dringend nahe, die Mechanismen, Programmstrategien und Instrumente zu überprüfen, die trotz erklärter politischer Absichten de facto zu einer entscheidenden Schwächung deutscher Handlungsmöglichkeiten in der internationalen Bildungszusammenarbeit führen. Die Regierung sollte diesen negativen Trend im Blick auf die international eingegangenen Verpflichtungen korrigieren und eine der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechende Beteiligung Deutschlands an der

Umsetzung der Beschlüsse des Weltforums "Bildung für Alle" gewährleisten.

- Die DUK appelliert an Bund und Länder, Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen, die dauerhafte Beteiligung deutscher Bildungspraxis und -forschung an internationaler Zusammenarbeit zu sichern.
- Die Deutsche UNESCO-Kommission begrüßt und unterstützt Beiträge und Initiativen ihrer Mitglieder, Mitgliedsorganisationen und Partner, die internationale Zusammenarbeit auf dem Feld der Grund- und Fortbildung, die internationale Vernetzung von Fach- und Führungskräften und damit Bildung als wesentliche Grundlage von Entwicklungsprozessen und Zusammenarbeit zu stärken.